



STELLUNGNAHME DES BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND (BUND),
KREISGRUPPE SALZGITTER, ZUR GEPLANTEN ENDLAGERUNG ATOMARER ABFÄLLE IM
EHMALIGEN ERZBERGWERK "SCHACHT KONRAD"

Vor etwa elf Jahren begannen die Untersuchungen, ob der ehemalige Eisenerzschacht "Konrad" in Salzgitter zur Aufnahme radioaktiven Mülls geeignet ist. Viele Bürger der Stadt Salzgitter und der Nachbargemeinden des geplanten Atommüllendlagers geben deshalb immer wieder ihren Bedenken und Ängsten Ausdruck.

Aus den nachfolgend dargestellten Gründen spricht sich die Kreisgruppe Salzgitter des BUND gegen eine Endlagerung von Atommüll in Schacht Konrad aus:

Die erste Version der damaligen Betreibergesellschaft (GSF), es käme nur schwach strahlender Krankenhausmüll für die Einlagerung in Frage, hatte sich schnell als nicht zutreffend herausgestellt. Später hieß es, schwach-radioaktiver Müll aus Atomkraftwerken solle endgelagert werden.

Inzwischen steht fest, daß der gesamte, nicht hitzeentwickelnde Abfall, d. h. ca. 95 % des gesamten anfallenden Atommölls für die Endlagerung in Schacht Konrad vorgesehen ist. Die Einlagerung solcher Mengen wird nur möglich, durch eine, von der Physikalisch Technischen Bundesanstalt (PTB) durchgeführte Änderung der Einstufungskriterien. Danach ist nur noch hitzeentwickelnder Müll hochradioaktiv.

Plutonium, dessen Strahlung erst in ca. 24.000 Jahren zur Hälfte abgenommen hat, gilt, in Lagercontainer verpackt, nach der neuen Deklaration als mittelradioaktiv. Die Gefährlichkeit von Plutonium wird deutlich, wenn man weiß, daß wenige Kilogramm in feinsten Verteilung ausreichen, um die gesamte Erdbevölkerung damit zu töten.

Großer Widerstand gegen das Vorhaben Konrad ist in Salzgitter aufgrund der Bevölkerungsstruktur nicht zu erwarten. Die Bedingungen dafür sind unter anderem: Industriegewöhnung, hohe Arbeitslosigkeit, inzwischen gefährdeter Stahlstandort, geringe Bodenständigkeit, Abhängigkeit und Angst.

Immer wieder war und ist zu erleben, wie Politiker und Betreiber versuchten und versuchen, mit einer totalen Verharmlosung der Gefahren und mit Halbwahrheiten die Bedenken, Ängste und Unsicherheiten der Bevölkerung zu zerstreuen.

Die ortsansässige Presse (es gibt nur eine Zeitung) und einige Lokalpolitiker versuchen in Veröffentlichungen und Diskussionen den Gedanken in die Bevölkerung zu tragen, daß für die Duldung der Einrichtung des atomaren Endlagers ein finanzieller Ausgleich für die Stadt erforderlich wird. Dazu wurde u. a. die Anbindung der Stadt an das Intercity-Netz der Bundesbahn ins Gespräch gebracht. Gleichzeitig bemühen sich die Kommunalpolitiker um Geld für den Ausbau des nur 15 Kilometer südlich gelegenen Ortsteils Salzgitter-Bad zum Kurort.

Alle, an der Genehmigung und Einlagerung beteiligten Firmen und Institutionen stehen untereinander in Abhängigkeiten. Dadurch ist zu befürchten, daß ein echter politischer Entscheidungsprozeß nicht stattfinden kann.

Die PTB ist als Betreiberin der Schachanlage gleichzeitig für die Erstellung des Gutachtens zuständig. Die Aussage des Gutachters muß dadurch, daß kein weiteres Institut beauftragt wurde positiv für die Einlagerung ausfallen. Das ist so als wenn sich nach einer Prüfung der Kandidat die positiven Zeugnisnoten selbst erteilt.

Das Planfeststellungsverfahren für die Einrichtung der Schachanlage als Endlager ist nur scheinbar demokratisch, da die Bundesregierung ihr ganzes "Entsorgungskonzept" auf das noch lange nicht genehmigte Endlager Konrad stützt. So haben die Genehmigungsbehörden der Länder Schacht Konrad bereits als Entsorgungsnachweis für die Kernkraftwerke Brokdorf, Grohnde, Lingen und Grafenrheinfeld anerkannt. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der im Bau befindlichen atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und Schacht Konrad. Die PTB als Betreiberin hat das Planfeststellungsverfahren für das Endlager beim Niedersächsischen Umweltminister beantragt. Unter anderem ist nach der Planung der PTB vorgesehen, die Atomülltransporte per Bahn in unmittelbarer Nähe zu Wohnungen und Häusern im Stadtteil Salzgitter-Beddingen durchzuführen. Es ist geplant, in den ersten sechs Jahren ca. 40.000 m³ Atomüll einzulagern. Bis zum Jahr 2000 sollen es ca. 230.000 m³ sein. Die Kapazität der Schachanlage beträgt ca. 650.000 m³ und ist damit so groß, daß durchaus auch weiterer- nicht aus Deutschland stammender Atomüll - aufgenommen und endgelagert werden könnte. Die Bedenken und Ängste der BUND-Kreisgruppe sowie der Bürger haben im wesentlichen folgende Gründe:

Die Transporte dieser gefährlichen Stoffe werden von sämtlichen Atomüll produzierenden Anlagen in der Bundesrepublik per Schiene und Straße nach Schacht Konrad transportiert. Bei Unfällen können radioaktive Substanzen, auch Plutonium, freigesetzt werden. Bei Unfällen auf den Transportstrecken in der gesamten Bundesrepublik ist u. U. mit einer Evakuierung der Bevölkerung im Radius von mindestens 5 km zu rechnen.

Die oberirdische Zwischenlagerung im sog. Pufferlager auf dem Werksge-lände der Stahlwerke Peine-Salzgitter. Auch hier könnte es durch Beschädigung oder Brände (in näherer Umgebung sind Hochöfen, Kraftwerk,

Kokerei, Walzwerk und ähnliche Industrieanlagen zu finden) zu einer radioaktiven Verseuchung kommen. Alle dort zur Endlagerung zwischengelagerten Container geben ohnehin eine "zulässige" Strahlung ab. Die erhöhte Umgebungsstrahlung nach Tschernobyl ist im Gutachten völlig unberücksichtigt geblieben. Hinzu kommen die Emissionen aus den Schornsteinen der Stahlwerke Peine-Salzgitter, aus Kraftwerk, Kokerei, Stahlwerk, Walzwerk und Erzvorbereitung sowie die Emission der Pyrolyseanlage, wobei noch nicht erforscht ist, welche Verbindungen sie mit den Radionukliden eingehen können. Alle diese Stoffe werden sich in der näheren und weiteren Umgebung ablagern und auf Dauer in den biologischen Kreislauf (Boden-Pflanze-Tier-Mensch) eindringen.

Im geplanten Endlager ist besonders die Gefahr der Verseuchung des Grundwassers zu sehen, da die Container nur eine begrenzte Haltbarkeit haben werden. Der atomare Inhalt der Container strahlt jedoch über viele tausend Jahre. Außerdem ist die Belüftung des Schachtes erforderlich. Dazu muß ein permanenter Luftaustausch durchgeführt werden. Die Abluft aus dem Schacht soll mit den auch im Normalbetrieb vorhandenen radioaktiven Emissionen über einen noch zu bauenden 45 Meter hohen Diffusor in die nähere und weitere Umgebung verteilt werden.

Die PTB hat in ihrem Gutachten die Hauptwindrichtung aus Südwest kommend festgestellt. Danach werden insbesondere die Ortschaften Salzgitter-Thiede, Wolfenbüttel und Braunschweig von den radioaktiven Emissionen betroffen sein. Vor allem die in den Stahlwerken Peine-Salzgitter arbeitenden Menschen werden einer dauernden, besonders hohen Strahlung ausgesetzt sein. Bei einem atomaren Unfall unter Tage würde es zu einer unkontrollierbaren Verseuchung kommen. Etwa im 20 Kilometer-Radius um Schacht Konrad würden somit ca. eine halbe Million Menschen permanent mit einer zusätzlichen radioaktiven Belastung leben müssen.

Nach Ansicht vieler Mediziner ist darin ein erhöhtes Krebsrisiko und somit auch eine erhöhte Gefahr für werdende Mütter und ungeborenes Leben vorhanden. Eine Reihe von Katastrophen, insbesondere Tschernobyl, haben gezeigt, daß es eine absolute Sicherheit bei technischen Anlagen nicht gibt. Die absolute Sicherheit ist auch für die Schachthanlage Konrad für uns nicht gegeben. Zumal Schacht Konrad weltweit das erste Atommüllendlager in dieser Größe sein würde.

Die Kreisgruppe Salzgitter des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Niedersachsen e. V. fordert deshalb eine völlige Offenlegung sämtlicher Planungsunterlagen und Überprüfung durch ein unabhängiges Institut. Außerdem wird gefordert, die Einbeziehung der Bevölkerung Salzgitters und der umliegenden Gemeinden durch eine vorgehaltlose Informationspolitik, in der die Risiken, die mit der Endlagerung verbunden sind, für jedermann verständlich aufgezeigt sind.